



# POLITIK FÜR EUROPA

Regionale Identität.  
Europäische Vernetzung.  
Dynamische Wirtschaft.

# UND THÜRINGEN

4 | 2015

Dies ist nun die vierte Publikation in der Informationsreihe **Politik für Europa und Thüringen** des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Drei- bis viermal im Jahr wollen wir darin aktuelle europapolitische Themen aufgreifen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Freistaat Thüringen.

In dieser Ausgabe liegt der thematische Schwerpunkt auf der Flüchtlingskrise, mit besonderem Fokus auf Thüringen. Seit Jahresbeginn sind hunderttausende Menschen über das Mittelmeer nach Europa geflüchtet. Viele starben auf diesem gefährlichen Weg. Weltweit sind laut Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen knapp 60 Millionen auf der Flucht – das ist die höchste Weltflüchtlingszahl seit dem zweiten Weltkrieg. Die Gründe für die Flucht aus der eigenen Heimat – von dem Zuhause – sind immer existentielle Nöte und Angst. Über 80 Prozent der Flüchtlinge der Welt bleiben in ihrer Herkunftsregion, meist mit der Hoffnung auf Rückkehr. Dadurch ist die Verteilung von Flüchtlingen global immer noch sehr ungleich, denn nur ein kleiner Teil flüchtet weiter nach Europa – und nach Deutschland. Auch in Thüringen kommen zahlreiche Flüchtlinge, auf der Suche nach einem sicheren Leben an. In der vorliegenden Ausgabe möchten wir einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen für den Freistaat Thüringen geben.

**Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier**

## Zehn-Punkte-Plan

### Für eine europäische Antwort in der Flüchtlingspolitik

Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier fordern eine neue, einheitliche Asylpolitik in der Europäischen Union. Zehn Punkte sind für die beiden SPD-Politiker vordringlich. Ein Gastbeitrag.

Europa steht vor einer Generationenaufgabe: Nie zuvor waren so viele Menschen auf der Flucht vor politischer Verfolgung und Krieg wie heute. Viele von ihnen suchen Schutz bei uns in Europa. Wir müssen damit rechnen, dass das angesichts der Krisen in unserer Nachbarschaft auf Jahre so bleibt. Wir Europäer sind es uns selber und der Welt schuldig, der großen Herausforderung dieser Hilfe suchenden Menschen gerecht zu werden.

Klar ist: Die bisherige Reaktion entspricht nicht dem Anspruch, den Europa an sich selbst haben muss. Europa darf nicht länger zögern, die EU muss jetzt handeln. Deshalb müssen wir eine europäische Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik verfolgen, die auf dem Prinzip der Solidarität und unseren gemeinsamen Werten der Menschlichkeit gründet. Zehn Punkte sind dabei vordringlich:

- 1.** Müssen überall in der EU menschenwürdige Zustände herrschen bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Hierfür brauchen wir EU-weite Standards, die in jedem EU-Mitgliedstaat eingehalten werden.
- 2.** Muss ein einheitlicher europäischer Asylkodex schutzbedürftigen Flüchtlingen einen in der ganzen EU gültigen Asylstatus garantieren. Perspektivisch brauchen wir dafür eine neue, viel ehrgeizigere Integration der europäischen Asylpolitik.
- 3.** Wir brauchen eine faire Verteilung von Flüchtlingen in Europa. Wie nie zuvor engagieren sich Bürgerinnen und Bürger in unserem Land bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Diese Solidarität wird langfristig aber nur Bestand haben, wenn alle sehen, dass es in Europa gerecht zugeht. Eine Lage, in der – wie heute – nur einige wenige Mitgliedstaaten die ganze Verantwortung tragen, ist genauso wenig tragbar wie ein System, das Lasten einseitig auf die Länder verteilt, die zufällig die Außengrenze der



EU bilden. Wir müssen deshalb das bestehende Dublin-System reformieren. Wir brauchen verbindliche und objektiv nachvollziehbare Kriterien für die Aufnahmequoten aller Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

**4.** Europa braucht ein gemeinsames europäisches Grenzmanagement. Dabei kann es nicht nur um die Sicherung der Grenzen gehen. Wir brauchen vor allem auch mehr europäische Verantwortung bei der Registrierung und Betreuung von ankommenden Flüchtlingen.

**5.** Wir müssen umgehend den EU-Staaten helfen, die aktuell besonders belastet sind. Als einziger EU-Staat hat Deutschland Soforthilfe zur Verfügung gestellt, um die Lage der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln zu verbessern. EU und Mitgliedstaaten müssen hier effizienter handeln und den Erstaufnahmestaaten schnell praktische und finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen. Bei uns in Deutschland müssen wir dafür sorgen, dass vor allem die Kommunen die riesigen Herausforderungen bewältigen können. Dafür müssen wir sie dauerhaft und systematisch finanziell unterstützen.

**6.** Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Menschen auf dem Weg zu uns ihr Leben riskieren. Das Mittelmeer darf nicht ein Massengrab für verzweifelte Flüchtlinge sein. Hier steht das humanitäre Vermächtnis Europas, ja unser europäisches Menschenbild auf dem Spiel. Im Frühjahr haben wir daher eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Seenotrettung im Mittelmeer unternommen. Diese müssen wir langfristig europäisch verstetigen und die EU mit den entsprechenden Kapazitäten ausstatten.



**7.** Auf Dauer können wir schutzbedürftigen Flüchtlingen nur dann helfen, wenn diejenigen ohne Asylanspruch in ihre Herkunftsstaaten zurückkehren. Dafür müssen wir die Rückübernahme zu einem zentralen Anliegen in unseren Beziehungen mit den Herkunftsstaaten machen und auch dazu bereit sein, technische und finanzielle Unterstützung für diese Staaten von einer konstruktiven Zusammenarbeit abhängig zu machen. Bestehende Anreize wie Visaerleichterungen könnten ausgebaut werden.

**8.** Wir müssen uns EU-weit darüber verständigen, welche Staaten wir als sichere Herkunftsstaaten ansehen. Alle Staaten des westlichen Balkans streben in die EU. Mit guten Gründen eröffnen wir ihnen die Perspektive der Aufnahme in die Gemeinschaft. Das heißt aber auch, dass wir sie nicht gleichzeitig wie Verfolgerstaaten behandeln können. Perspektivisch sollte ein Staat, der die Kriterien eines EU-Beitrittskandidaten erfüllt, EU-weit als sicherer Herkunftsstaat gelten.

**9.** Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz. Wir brauchen eine kluge, eine gesteuerte Einwanderungspolitik, die legale Arbeitsaufenthalte ermöglicht. Das Asylsystem müssen wir davon entlasten.

**10.** Zu einer umfassenden europäischen Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik gehören neue politische Initiativen zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern des Nahen Ostens und Afrikas. Die Stabilisierung zerfallender Staaten, die Eindämmung von Gewalt und Bürgerkrieg müssen einhergehen mit konzentrierten Anstrengungen für wirtschaftliche Entwicklung und der Schaffung echter wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven, besonders für junge Menschen in den Herkunftsländern. Alle Anstrengungen der Staatengemeinschaft, allen voran der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, müssen mit aller Kraft darauf gerichtet sein.

All das zeigt: Der politische Handlungsrahmen ist längst nicht mehr national, auch und gerade in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Nur gemeinsam, nur auf europäischer Ebene können wir überhaupt vernünftige Lösungen finden. Deshalb ist heute die Flüchtlings- und Migrationspolitik das wichtigste Politikfeld, in dem wir mit Schwung und Überzeugung das Projekt der europäischen Integration vorantreiben müssen.

Deutschland steht bereit, das gemeinsame Projekt einer solidarischen Flüchtlingspolitik mit allem Engagement voranzutreiben.

*(Erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 23.8.2015)*



Elena Rauch

## Warten auf Frau und Kinder

### Syrische Flüchtlinge bangen nach ihrer Ankunft in Deutschland um ihre Angehörigen

Gerade hat er die Nachricht erhalten. Seine Frau und die dreijährige Tochter haben in der deutschen Botschaft in Ankara das Visum erhalten. Ein einfacher Stempel mit dem Bundesadler im Pass, der für sie alles entscheidet. Ein Ende der Angst. Endlich. Er hat so lange darauf gewartet. Alim S., dessen Name wir ändern, weil er noch Familie in Aleppo hat, lebt seit September in Gera. Ein syrischer Flüchtling, der es geschafft hat, aber eben nicht ganz. Denn wie kann man von Rettung sprechen, wenn die wichtigsten Menschen im Leben noch dort sind, mitten in der Hölle?

Vielen Männern aus dem syrischen Bürgerkrieg geht es wie ihm. Sie dürfen, wenn sie in Deutschland als Flüchtlinge anerkannt sind, ihre nächsten Angehörigen nachholen. Doch schaffen müssen sie das aus eigener Kraft. Als Alim S. Aleppo verlassen musste, um nicht von einer der Seiten in diesen Krieg gezogen zu werden, war seine Tochter ein Baby. Er ahnte, wie gefährlich diese Flucht sein würde. Die Nachrichten von den Tragödien im Mittelmeer erreichen auch Syrien. Deshalb ging er allein. Es war eine lange Flucht. In Griechenland bestieg er die Lade-

fläche eines Lastwagens, der im Laderaum eines Frachters das Meer nach Italien überquerte. Drei Tage waren sie unterwegs. Kaum Brot, wenig Wasser und kein Platz, um sich hinlegen zu können, weil der Laderaum voll war von Flüchtlingen. Vorn die Frauen mit Kindern, hinten die Männer. Du weißt nicht, sagt er, ob du das überlebst. Du weißt nicht, wo du ankommst. Du weißt nicht, wie es dann weitergeht. 5.000 Euro hat der Schlepper für die Passage verlangt. Das Wort illegal hat er in diesen drei Tagen durchbuchstabiert bis zu seinem tiefsten Abgrund. Aber er war in Sicherheit. Seine Frau und die Tochter nicht. Kein Wasser, kein Strom, kein Brot. Kein Leben. Das ist Aleppo.

Wenn es nur das wäre. Er holt sein Handy hervor, zeigt Bilder die ihm seine Frau vor etwa vier Monaten geschickt hatte. Ein zerschossener Raum, der mal das Wohnzimmer seiner Schwiegereltern war, wo die Frau lebte, seit er Aleppo verlassen hat. Trümmer auf dem Boden, Splitterspuren an den Wänden, die Fenster nur leere Höhlen. Eine Bombe hatte eingeschlagen, sie waren gerade in einem Nachbarraum. Sie hätten



auch alle tot sein können, sagt Alim. Er sagt das sehr leise. Als spräche er mit sich, oder mit dem Bild auf dem Display. In seiner Hand zittert das Telefon. Sie mussten weg. Weg aus Aleppo, weg aus dieser Hölle. Aber auf einem anderen Weg. Keinen, der sie zwingen würde, in der Nacht ein Fischerboot zu besteigen. Ein sicherer Weg sollte es sein. Ein legaler, in einem Flugzeug, ein paar Stunden und sie wären in Sicherheit. Doch dafür braucht man ein Visum. Das hört sich für den, der es nicht besser weiß, nach einem bürokratischen Aufwand an. Das ist es aber nicht. Um auf dem Weg nach Deutschland nicht ihr Leben zu riskieren, müssen viele Flüchtlinge vorher genau das tun: ihr Leben riskieren. Deutsche Vertretungen in Syrien gibt es schon lange nicht mehr, die nächsten Möglichkeiten sind die Vertretungen in Beirut und in der Türkei. Sie entschlossen sich für Ankara.

Doch wie gelangt man dorthin, wenn man in Aleppo lebt? Von dort ist es nicht weit in die Türkei, doch die Gegend ist Kampfgebiet. Isis-Truppen haben dort sich verschanzt, liefern sich Gefechte mit Rebellen, mit Regierungstruppen, und was mit Menschen passiert, die ihnen in die Hände fallen, weiß jeder. Erst vor wenigen Tagen haben die Islamisten im Osten des Landes zwei Frauen und ihre Ehemänner enthauptet. Sie hatten keine Wahl über den besten Weg nachzudenken, und keine Zeit. Seine Frau und seine Tochter verließen gemeinsam mit ihren Eltern Aleppo westwärts. Nach Tartus, von dort an die libanesisische Küste, um ein Fischerboot zu nehmen, dass sie ins türkische Mersin bringen sollte. Die Stadt ist voller Flüchtlinge, von dort sind es noch 500 Kilometer bis Ankara, bis zur deutschen Botschaft. Doch das Boot, das sie an der Küste bestiegen, kam nicht weit. Auf dem Meer ging der Motor kaputt, sie trieben auf dem Wasser, bis Helfer vom libanesischen Roten Kreuz sie an Land zogen. Ihre Koffer, Taschen, alles was sie bei sich trugen, versank im Meer. Es ist schlimm, sagt Alim, wenn du um dein eigenes Leben fürchten musst. Aber wenn es um das Leben deines Kindes und deiner Frau geht, zerreißt dich die Angst. Drei Tage blieben sie im Libanon, dann fanden sie ein Flugzeug dass sie von Beirut nach Mersin brachte. In Mersin mieteten sie eine Wohnung, sie fuhr nach Ankara in die Botschaft. Die deutschen Vertretungen in der Türkei und in Beirut sind überfordert vom Ansturm der Flüchtlinge. Es gibt lange Wartezeiten. Sie musste lange warten, bis zu dieser erlösenden Nachricht: Ich habe das Visum.

Als sie, erzählt er, das in Aleppo Zurückgebliebenen am Telefon sagte, weinten sie. Vor Glück, wie er sagte. Und vor Trauer. Weil sie nicht wissen, ob sie sich jemals wiedersehen werden. Jetzt brauchen Frau und Kind nur noch ein Ticket nach Deutschland, in die Sicherheit. In Aleppo hat er Herrenkleidung ver-

kauft. Vier Geschäfte hat er gehabt. Das ist längst alles vom Krieg zerstört. Wer denkt im Krieg an neue Hemden? Die Flucht hat alle ihre Ersparnisse gefressen. Die Übersetzungen der Papiere für die Botschaft, die teure Miete und das Leben in der Türkei, das Boot. Sie haben ihr Auto verkauft, ihren Schmuck, sie haben Schulden gemacht. Aber was zählt das? Sie sind in Sicherheit, sagt er. Der Krieg hat alle Maßstäbe verschoben. Auch wenn er noch nicht weiß, wie er die Tickets nach Deutschland bezahlen soll. Hussein Al Hamoud, der wie Alim S. in Gera lebt, würde viel, sehr viel dafür geben, wenn er sich diese Frage stellen könnte. Seine Frau und seine vier Kinder warten noch auf den erlösenden Anruf aus der deutschen Botschaft in Beirut: Wir haben sie, die Visa sind da. So viel dreht sich in Gesprächen mit Flüchtlingen um dieses Wort: Visa. Es hat, wenn sie es aussprechen, einen befreienden Klang. Einen hoffenden, einen ungeduldigen, je nach den Umständen. Weil alles so lang dauert. Weil es so schwierig ist. Weil es einen Punkt markiert, ab dem sich endlich die Ängste auflösen sollen.

Sie leben in Damaskus. Bis Beirut brauchte ein Auto früher drei Stunden, jetzt ist es ein halber Tag. Es ist eine lange Fahrt, eine riskante, wie jede Fahrt in dieser Zeit in Syrien. Und eine teure auch. An der Grenze verlangen die libanesischen Beamten Geld, damit sie überhaupt passieren dürfen. Zweimal musste seine Frau über diese Grenze, um all die Unterlagen beizubringen, die die Bürokratie fordert. Jetzt warten sie. In Damaskus hat Hussein Al Hamoud als Bauhandwerker gearbeitet. Sie haben alte Häuser saniert. In Damaskus, erzählt er, gibt es viele alte Häuser. Wunderschön, jedes wie ein Versprechen. Gut haben sie gelebt, mit Nachbarn die immer Zeit hatten auf einen Kaffee. Jetzt lebt dort kaum noch jemand, sie sind alle weg. Jeden Tag fallen Bomben. Es gibt kein Essen, Händler verkaufen falsch deklarierte Medikamente, weil niemand mehr irgendetwas unter Kontrolle hat, die Nächte gehören nicht dem Schlaf, sondern der Angst. Jeden Moment, erzählt er, musst du damit rechnen, verhaftet zu werden. Zur Armee gezogen zu werden oder zu verschwinden, wie viele Männer.

Er hat lange gezögert mit seiner Flucht. Noch eine Woche, noch einen Monat durchhalten, dann hört es auf. Es muss doch aufhören. So dachten sie, als nach den ersten Demonstrationen die Unruhen begannen. Dann brachen die Kämpfe aus und wieder hofften sie. Wenn man sich heraushält aus diesem Krieg, den sie nicht wollten, dann würden sie ihn überstehen. Aussitzen, aushalten, irgendwie. Als die ersten Männer verschwanden, die ersten Bomben Kinder töteten, begannen sie zu verstehen, dass man diesem Krieg nicht entkommen kann. Manchmal, sagt er, wenn er über die vergangenen Jahre nach-



denkt, kommt ihm alles wie ein Albtraum vor. Was ist aus uns geworden? Hussein Al Hamouds Worte fallen so hastig, dass er manchmal ins Arabische fällt. Als fürchte er, nicht richtig verstanden zu werden, warum er hier ist, in Gera. Er erzählt, wie er sich als unterbezahlter Hilfsarbeiter verdingt, um das Geld für die Überfahrt nach Italien zusammenzubekommen. Sie alle verdienen dort, wo die Flüchtlinge sind, an deren Verzweiflung. Die Arbeitgeber, die sie für einen Hungerlohn beschäftigen, die Schleuser, die Vermieter. Natürlich weiß er das. Aber haben sie eine Wahl?

Und er erzählt von Gera, vom Kurs bei der Diakonie, wo er gerade Sprache und Alltag des fremden Landes lernt, um irgendwann ankommen zu können. Von der kleinen Wohnung, die sie im zugewiesen haben. Von der Dankbarkeit, die er für diese Hilfe empfindet. Das ist ihm wichtig. Bitte, sagt er, schreiben Sie das. Er hat einen Traum. Ein eigenes Cafe hier in Thüringen, wo er syrisches Essen anbieten will. Hummus, Falafel,

all die Köstlichkeiten des Orients. So wie er das sagt, spürt man seine Sehnsucht nach dem Leben in Syrien, das es nicht mehr gibt. Erst in dieser Woche hat die syrische Armee im Norden erneut Fassbomben abgeworfen, so wie schon davor in Aleppo. Wenn sie explodieren, werden die darin enthaltenden Metallteile großflächig als tödliche Geschosse verteilt. 28 Menschen starben, auch Kinder waren unter den Toten. Das ganze Land ist eine Kriegsfront. Und die Menschen, wie die Familien von Alim und Hussein, sind die Geiseln. Und inzwischen mehreren sich Berichte, wonach Kriminelle vor den deutschen Vertretungen in Beirut und in der Türkei ein neues Geschäft entdeckt haben. Gegen viel Geld, heißt es, werden Termine für die Beantragung eines Visums vergeben. Erst dann beginnt die eigentliche Bearbeitungszeit. Ein Geschäft mit Menschen, die ohnehin kaum noch etwas haben. Ein Geschäft mit der Erschöpfung und mit der Angst.

*(Erschienen in der Thüringer Allgemeinen am 17.7.2015)*

## INTERVIEW mit Diana Lehmann



### Diana Lehmann

Abgeordnete im Thüringer Landtag,  
Migrationspolitische Sprecherin  
der SPD-Landtags-Fraktion

Einerseits gehört das Recht auf Asyl zu den Grundrechten, andererseits wird viel über Obergrenzen diskutiert. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Grundsätzlich gilt: Jeder Mensch, der seine Heimat verlassen muss, weil er dort Krieg, Folter, politischer Verfolgung oder Ausgrenzung ausgesetzt ist, weil er nicht sicher ist und bei uns Sicherheit sucht, dem müssen wir zunächst einmal Schutz geben. Das sollte der Konsens sein, auf den wir uns verständigen. Das im Grundgesetz verankerte Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention kennen keine Obergrenzen.

Ich würde mir wünschen, dass wir Flüchtlinge in der aktuellen Situation nicht nur noch als Belastung oder als Problem darstellen. Wir dürfen nicht vergessen, dass sind Menschen, die

hier Schutz suchen. Es ist unsere Aufgabe, ihnen in ihrer Not zu helfen und ihnen hier eine Perspektive zu eröffnen. Wir dürfen die Fehler, die wir in den 1970er Jahren bei den sogenannten Gastarbeitern gemacht haben, nicht wiederholen.

Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr 800.000 Flüchtlinge. Eine Entspannung der Konflikte im Nahen Osten und Afrika ist nicht in Sicht. Einigen Menschen macht das Angst. Wie reagieren Sie darauf?

Die Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik, wie wir sie derzeit erleben, ist eine große Herausforderung – vielleicht die größte gesellschaftspolitische Herausforderung seit 1945 und für die kommenden Jahre. Viele Fragen stehen im Raum: Wird das jetzt immer so weiter gehen? Wie viele werden noch kom-





# INTERVIEW

→ men? Wie sollen wir die alle integrieren? Wo kommt das Personal für die medizinische und soziale Betreuung, die Sicherheit oder für Sprachunterricht her? Müssen wir dafür an anderen sozialen Projekten sparen? Viele Fragen, die noch immer nach Antworten suchen. Das Menschen deshalb verunsichert sind oder sogar diffuse Ängste vor dem Unbekannten haben, ist zunächst erst einmal nicht ungewöhnlich, ja verständlich. Wir bemühen uns darum, Flüchtlinge und die Bevölkerung gleichermaßen über die Asylsituation in Deutschland aufzuklären, sowohl in ihren Heimatländern, als auch hier in Deutschland. Wir als Politikerinnen und Politiker müssen den Menschen zeigen, dass wir uns der Verantwortung zur Bewältigung dieser Herausforderungen bewusst sind. Ständig neue aktionistische und unausgelegene Vorschläge aus der Politik helfen hier allerdings nicht weiter. Wofür ich kein Verständnis habe – das möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen – ist, dass Menschen rassistische Parolen skandieren und gegen Flüchtlinge auf die Straße gehen. Es darf doch nicht sein, dass Menschen aus einem diffusen Gefühl der Überforderung heraus anfangen, gegen diejenigen zu hetzen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Rechtspopulistische Gruppierungen nutzen die Verunsicherung in der Bevölkerung für die eigene Profilierung und schüren diese noch, anstatt den interkulturellen Dialog mit Flüchtlingen, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern. Immer häufiger erleben wir dadurch in unserem Land zurzeit Situationen, die nicht von Angst, sondern von Wut und Hass gekennzeichnet sind. Dagegen müssen wir uns als Demokratinnen und Demokraten deutlich positionieren.

## Wird sich Deutschland durch die Flüchtlinge verändern?

Gesellschaften verändern sich ständig. Deutschland hat sich auch in den vergangenen 25 Jahren verändert. Das ist auch gut so. Auch der steigende Anteil von Flüchtlingen wird dazu führen, dass unsere Gesellschaft sich verändert. Die Frage, die wir uns stellen müssen ist aber, tun wir alles, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu integrieren? Schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sie hier ankommen und sich ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft aufbauen können. Das wird die Bedingung dafür sein, dass der Integrationsprozess erfolgreich verlaufen kann.

## In der öffentlichen Debatte wird immer wieder zwischen Asylsuchenden und sog. „Wirtschaftsflüchtlingen“ unterschieden. Wie sollten wir damit umgehen?

Ich glaube nicht, dass es uns weiterhilft, nach guten und schlechten Flüchtlingen zu unterscheiden. Unser Asylrecht ist ein individueller Anspruch, der bei jedem einzeln geprüft werden muss. Wenn Menschen nach Deutschland kommen, weil ihre Kinder in ihrem Heimatland keine Schule besuchen können, sie keine Arbeit und nicht einmal eine Wohnung finden, wenn der Staat

nicht in der Lage ist, sie vor Diskriminierung zu schützen, dann sehe ich hier durchaus auch Schutzbedürftigkeit. Dem gesellschaftlichen Klima hilft es jedenfalls nicht, diese Unterscheidung vorzunehmen. Den Menschen die zu uns kommen auch nicht und es ändert an der Situation in den Herkunftsländern rein gar nichts. Allerdings sollten wir überlegen, ob das deutsche Asylrecht der geeignete Weg für Flüchtlinge ist, die aus anderen Gründen als politischer Verfolgung oder Krieg hierherkommen. Hier sehe ich ein Zuwanderungsgesetz als eine weitere Option, diesen Menschen eine neue Perspektive in Deutschland zu geben.

## Was wird in Thüringen auf kommunaler Ebene unternommen, um Flüchtlingen zu helfen und sie zu integrieren?

Die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger leisten einen ganz entscheidenden Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Sie stellen Wohnraum zur Verfügung, Integrations- und Sprachkurse werden organisiert, Freizeitmöglichkeiten angeboten. Politik muss hier klar sein. Sie muss zeigen, dass die Integration auch politisch gewollt ist und die Menschen vor Ort entsprechend unterstützen. Wir dürfen nicht in Frage stellen, ob Menschen, die aus einer Notsituation kommen, unsere Hilfe brauchen. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein.

## Der Bundestag hat eine Reform des Asylrechts beschlossen. Die Ministerpräsidenten haben sich auf einen Kompromiss verständigt, der für Länder und Kommunen deutliche Verbesserungen mit sich bringen soll. Thüringen hat sich bei der Abstimmung enthalten. Pro Asyl kritisiert das Gesetzpaket, weil es Einschnitte im Asylrecht mit sich bringt. Wie beurteilen Sie den Vorschlag?

Gerade für die Länder bedeutet der Gesetzentwurf eine immense finanzielle Entlastung. Der Bund hat damit erstmals eine strukturelle und verlässliche Finanzierung in Aussicht gestellt. Außerdem sollen Integrationskurse schon früher beginnen und Asylverfahren beschleunigt werden. Gleichzeitig sind mit dem Gesetz starke Einschränkungen verbunden. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen bis zu sechs Monaten in Erstaufnahmen verbleiben können. Es ist fraglich, wie wir so schnell die Kapazitäten zur Erstaufnahme schaffen wollen, wenn die Zahlen der Hilfesuchenden konstant bleiben. Zudem sollen nach der Ablehnung des Asylantrags nur noch Sachleistungen anstatt finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet einen maßgeblich erhöhten Verwaltungsaufwand für die Länder und Kommunen. Kritisch sehe ich auch die im Kompromiss vereinbarte Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten. Es ist fraglich, ob all diese Maßnahmen verfassungsrechtlich einwandfrei und dem Ziel einer geordneten Aufnahme von Asylbewerbern und schnelleren Verfahren zuträglich sind. Es bleibt ein Kompromiss verbunden mit einer schweren Abwägung, ob die Verbesserungen im Gesetz und die Finanzmittel für die Länder die vorgesehenen Einschränkungen rechtfertigen.



## Fakten zur Flüchtlingssituation in Thüringen

### Wie viele Flüchtlinge kamen 2015 bisher in Deutschland an?

632.329 Menschen – seit dem 1. Januar 2015  
 163.772 Menschen – im September 2015  
 55.024 Menschen – zwischen 1. und 9. Oktober 2015

### Wie viele Flüchtlinge kamen davon nach Thüringen?

Die Verteilung der Flüchtlinge erfolgt innerhalb Deutschlands nach dem Königsteiner Schlüssel.  
 Nach diesem Schlüssel muss Thüringen 2,75% aller Flüchtlinge aufnehmen.

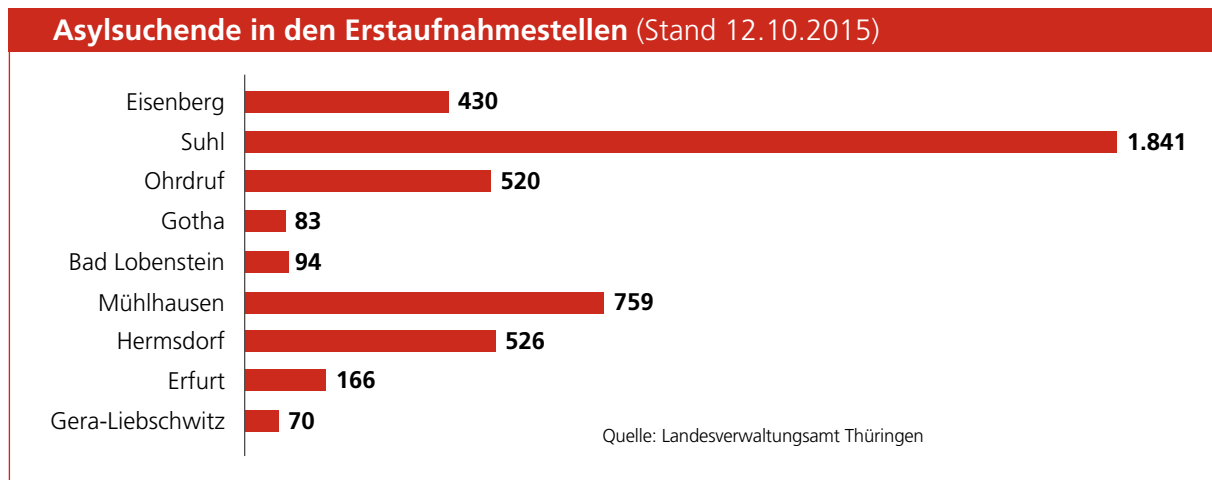
In Thüringen sind es:

15.843 Menschen – seit dem 1. Januar 2015  
 4.577 Menschen – im September 2015  
 1.692 Menschen – zwischen 1. und 9. Oktober 2015

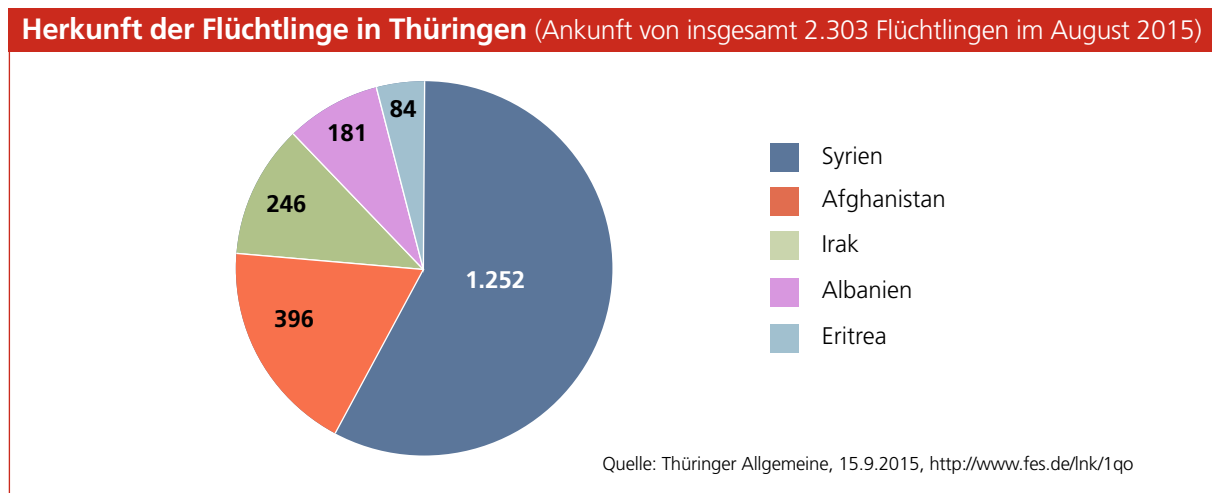
Quelle: Landesverwaltungsamt Thüringen

### Welche Aufnahmestellen gibt es?

In den Thüringer Erstaufnahmestellen sind mit Stand vom 12.10.2015 **4.489** Asylsuchende untergebracht.  
 Sie verteilen sich wie folgt:



### Aus welchen Ländern kommen die Flüchtlinge?





### **Bundesweit kommt es immer wieder zu Gewaltangriffen auf Flüchtlingsunterkünfte – wie sieht das in Thüringen aus?**

Im Jahr 2015 kam es zu Angriffen auf (geplante) Flüchtlingsunterkünfte u.a. in: Erfurt, Gera, Jena, Nordhausen, Arnstadt, Gerstungen, Rockensußra, Sonneberg, Friemar und Mühlhausen – die Straftaten reichen von Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bis zu Bedrohung und Beleidigung.

### **Wie lange bleiben die Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen?**

In der Regel spätestens nach drei Monaten werden die Flüchtlinge, deren Asylantrag noch nicht entschieden ist, einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt in Thüringen zur Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber\_innen oder in Wohnungen zugewiesen. Die Verteilung auf die Kommunen erfolgt nach der Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung. Die meisten Flüchtlinge nehmen demnach die Stadt Erfurt (9,5 Prozent) und der Landkreis Gotha (6,3 Prozent) auf.

### **Wie wird die Versorgung der Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung sichergestellt?**

Hilfeleistungen bekommen Asylsuchende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In der Erstaufnahmeeinrichtung wird in erster Linie das physische Existenzminimum gesichert: Essen und Trinken werden durch vom Land beauftragte Großküchen sichergestellt. Darüber hinaus sorgt das Land auch für die Bereitstellung von Bekleidung und die grundlegende Möblierung der Einrichtung. Zudem verfügen Erwachsene über einen Betrag zur Sicherung des Lebensunterhalts von maximal 143 Euro im Monat. Kinder erhalten je nach Alter entsprechend weniger. Über dieses Geld können die Bewohner\_innen der Einrichtung frei verfügen, etwa um Nahrungsmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs nach ihren Gepflogenheiten in den für sie erreichbaren Geschäften zu erwerben.

### **Wie werden die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung betreut?**

Die soziale und medizinische Betreuung in einer Erstaufnahmeeinrichtung erfolgt in der Regel durch ausgewähltes Personal von Dienstleistungsfirmen bzw. Wohlfahrtsverbänden im Auftrag der Landesregierung. In Suhl arbeiten neben den Sozialbetreuer\_innen auch mehrere Pflegekräfte und zeitweise ein Arzt/eine Ärztin. Sie sorgen für akut Erkrankte oder Patient\_innen mit Schmerzen. Aufschiebbare Behandlungen von chronischen Erkrankungen werden nicht gewährleistet.

Das Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz hat in den Landesaufnahmeeinrichtungen „Erstorientierungskurse“ etabliert. Die Sprachkurse für Kinder und Erwachsene werden von einem zertifizierten Sprachkurstäger durchgeführt. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten vor Ort genutzt werden, ausreichend Möglichkeiten des sozialen Austauschs zu schaffen. Nach drei Monaten Aufenthalt setzt außerdem die Schulpflicht ein.

### **Flüchtlinge und Asylbewerber – was unterscheidet sie?**

Als Flüchtling gilt laut Genfer Flüchtlingskonvention (1951) jede Person, die „sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb ihres Heimatlandes befindet und dessen Schutz nicht beanspruchen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht beanspruchen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb ihres Wohnsitzstaates befindet und dorthin nicht zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht zurückkehren will“. Von einem Asylbewerber unterscheidet sich ein Flüchtling beispielsweise dadurch, dass sein Status als Flüchtling von einer nationalen Regierung anerkannt wurde und dass er uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt hat.

Quelle: Thüringer Staatskanzlei: Informationen und Fakten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in Thüringen  
<https://tsk-fotoserien.atavist.com/informationen-und-fakten-zur-asyl-und-fluechtlingspolitik-in-thueringen>